

GR. Gerda GESEK

20.01.2005

## **A N F R A G E**

Betr: Seniorenanlage Körblergasse - Vergabepaxis

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Laut Anfrage beim für das Wohnungsamt zuständigen Stadtrat Kaltenegger wurden in der Seniorenanlage Körblergasse 82 4 Wohnungen nicht widmungsgemäß an Senioren/Innen vergeben, sondern anderweitig, weil angeblich laut Mitteilung des Sozialamtes der Stadt Graz keine wohnungssuchenden Senioren/Innen gefunden wurden.

Seit diesem Zeitpunkt ist es zu zahlreichen Beschwerden punkto Wohnverhalten dieser neuen Mieter/Innen gekommen, sodass sich die Senioren/Innen in dieser Wohnanlage nicht mehr wohlfühlen und einige bereits ausziehen möchten. Auch ist der derzeitige Zustand kranken und betagten Menschen nicht zumutbar.

Daher richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

### **A n f r a g e ,**

ob Du bereit bist, die zuständigen Ämter mit der Prüfung nachstehender Punkt zu beauftragen:

1. Aufgrund welcher Angaben wurde festgestellt, dass von Seiten der Senioren/Innen in der Wohnanlage Körblergasse 82 kein Wohnungsbedarf besteht?
2. Wer und wann wurde von den leerstehenden Wohnungen informiert und
3. hat man die Seniorenverbände der Stadt Graz informiert, dass es freie Seniorenwohnungen gibt?
4. Bist Du bereit, Dich dafür einzusetzen, dass diese Lärmbelästigungen abgestellt werden?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 20. Januar 2005

Gemeinderätin Mag<sup>a</sup>. Ulrike Taberhofer

## Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Rodung von Wäldern im Stadtgebiet von Graz

Die vom Baurechtsamt bewilligte Rodung einer Waldfläche auf der „Neue- Welt-Höhe“ wirft einige Fragen über den Schutz unserer Wälder auf.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt deutlich, dass immer mehr Inselwälder insbesondere von Immobilienhändlern aufgekauft und nach der Umwidmung in Bauland verbaut wurden. Relativ kleine Waldgebiete im Grünraum von Graz verschwinden so sukzessive.

**Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben, denn die Interessen der Immobilienhändler dürfen nicht über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gestellt werden.**

Die Bewilligung von Rodungsansuchen muss erschwert werden bzw. sollen Aufforstungsmaßnahmen verstärkt eingefordert, kontrolliert und umgesetzt werden. Der Wald in Ballungszentren darf nicht nur nach forstwirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden, sondern hat seinen besonderen Nutzen im Naherholungswert für die Menschen, er stellt eine ökologische Nische für Tiere und Pflanzen dar und trägt insbesondere auch zur Verbesserung der Luftgüte bei.

**Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende**

### Anfrage:

**Welche Möglichkeit sehen Sie, im Wirkungsbereich der Stadt, bezogen auf Flächenwidmungsplan und Raumordnung, den Rodungen von Waldflächen im Stadtgebiet von Graz Einhalt zu gebieten?**

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Graz, am 20. Januar 2005

Gemeinderätin Elisabeth Zeiler

## Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Praxistauglichkeit der „Veranstaltungsrichtlinien“

Vor Evaluierung der am 4. Oktober 2002 vom Gemeinderat der Stadt Graz beschlossenen Veranstaltungsrichtlinien ist es an der Zeit, die nach wie vor vom Veranstaltungslärm geplagten Anrainer und Anrainerinnen über die Praxistauglichkeit dieses Regelwerkes zu informieren.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### Anfrage

- 1.1. Wie viele Veranstaltungen wurden jeweils in den Jahren 2003 und 2004 auf öffentlichen Plätzen und Straßen in Graz genehmigt?
- 1.2. Wie viele der genehmigten Veranstaltungen haben den Umgebungsgeräuschpegel auf Grund elektronischer Verstärkeranlagen erhöht?
- 1.3. Wie viele der Veranstaltungen, welche den Umgebungsgeräuschpegel vor Ort mittels elektronischer Verstärkeranlagen erhöhten, dauerten
  - länger als 1 Tag
  - länger als 2 Tage
  - länger als 3 Tage
  - länger als 1 Woche (ohne veranstaltungsfreie Tage)
  - länger als 1 Monat (mit veranstaltungsfreien Tagen)?
- 2.1. Welches Resultat ergaben die Lärmkontrollmessungen im Jahr 2003 und 2004 durch Bedienstete bzw. Beauftragte der Stadt Graz, welche gemäß § 4 Abs. 6 der Richtlinie bei **jeder** Veranstaltung mit elektronisch verstärkter Musikdarbietung durchzuführen ist?
- 2.2. Wie oft wurden länger dauernde Veranstaltungen mittels Lärmkontrollmessungen überprüft?
- 2.3. Wurden alle Veranstaltungen, welche den Umgebungsgeräuschpegel vor Ort mittels elektronischer Verstärkeranlagen erhöhten, auch auf die Einhaltung der bewilligten Veranstaltungsdauer hin kontrolliert?
- 2.4. Wie oft wurden bei den genehmigten Veranstaltungen Lärmüberschreitungen von 1-3 dB, 4-6 dB, 7-9 dB sowie mehr als 10 dB festgestellt?
3. Wurde in **allen** Übertretungsfällen bei Lärmüberschreitungen und Nichteinhaltung der Veranstaltungsdauer die vorgesehene Konventionalstrafe verhängt?
4. Für welche Veranstaltungen hat der Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz Ausnahmen von den Veranstaltungsrichtlinien genehmigt?

---

**Anfrage an den Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 20.1.2005  
von Klubobfrau Sigi Binder**

---

*Betrifft: SeniorInnen und GVB*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Beschwerden und Unzufriedenheit mit dem Angebot und Service der Grazer Verkehrsbetriebe sind Ihnen, wie ich annehme, nicht fremd. Umso unverständlicher ist es, dass gerade die Menschen, die in ihrer Mobilität am stärksten von der Funktionalität öffentlicher Verkehrsmittel abhängig sind, bei Planungen, Umstellungen und Informationsdesign am wenigsten beachtet und eingebunden werden.

Einen aktuellen Anlass, der an uns von einer über 80 – jährigen Grazerin herangetragen wurde, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten.

SeniorInnen fahren mit den Fahrzeugen der GVB um den halben Preis. Seltsamerweise aber gibt es für sie keine Möglichkeit ihre Fahrkarten im 10er Block zu kaufen, so wie es für Kinder und VollpreiszahlerInnen möglich ist. Fahrscheine müssen also von SeniorInnen bei den SchaffnerInnen gekauft werden. Dieser Umstand führt wiederum dazu, dass die oft seh- und gehbehinderten Menschen genötigt sind bei Doppelhaltestellen wie am Hauptplatz das gesamte Fahrzeug entlang zum vordersten Eingang zu sprinten oder als Alternative den Straßenbahnwagen oder Bus während der Fahrt im Inneren mühsam zu bezwingen. Beides untragbare Varianten für Menschen, die schlecht sehen und/oder gehen.

Ähnliches gilt für die Beschriftung der Wagen. Die Außenbeschriftung ist bei Tag schwer lesbar (gelb auf schwarz) und in den Wageninneren ist (nicht nur für Sehbehinderte) kaum erkennbar in welchem Straßenbahnzug man sich gerade befindet.

Die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel wird so mit großer Unsicherheit verbunden und verhindert jeden Komfort, der ihren Fahrgästen zusteht.

Selbstverständlich haben wir uns an Direktor Scholz gewandt, um diese berechtigte Kritik an der richtigen Stelle bearbeitet zu wissen. Da seine Antwort für keines der genannten Probleme Lösungsansätze anbietet und die Grazer Grünen der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs beharrliche Aufmerksamkeit entgegenbringen, wende ich mich nun an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister mit folgender

**Anfrage**

**Sind Sie bereit, mit den Verantwortlichen der Grazer Verkehrsbetriebe Kontakt aufzunehmen, um im Sinne der SeniorInnen dieser Stadt Lösungen für die im Motivenbericht genannten Missstände zu finden?**

---

Gemeinderätin  
**Dr. Andrea Sickl**

Herrn  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8010 Graz

Dienstag, 18. Jänner 2005

Betr.: **Veranstaltungssaal „Melodie“**; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Anrainerbeschwerden haben mich auf den Veranstaltungssaal „Melodie“ in der Lagergasse 57a, 8020 Graz aufmerksam gemacht. Insbesondere an den Wochenenden führen diverse Feierlichkeiten in der Lagergasse zu massiven Lärm- und Geruchsbelästigungen, zu untragbaren Verschmutzungen sowie zu einem regelmäßigen Verkehrschaos.

Nach Auskunft der zuständigen Stellen gibt es derzeit weder eine Betriebsanlagengenehmigung nach der GewO, noch eine Betriebsstättengenehmigung nach dem Stmk. Veranstaltungsg.

Am 4. Dezember 2004 wurde das offizielle Kulturfest des Ausländerbeirates der Stadt Graz mit Unterstützung von „Stadt Graz Kultur“ abgehalten.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

### **A n f r a g e ,**

**ob Sie bereit sind, endlich dafür Sorge zu tragen, dass vom Veranstaltungssaal „Melodie“ keine unzumutbaren Belästigungen für die Anrainerinnen und Anrainer mehr ausgehen und sicherzustellen, dass die Stadt Graz ab sofort keine Veranstaltungen auf Kosten der Steuerzahler in nicht genehmigten Betriebsanlagen durchführt.**

Klubobfrau, Gemeinderätin  
**Mag. Maxie Uray-Frick**

Herrn  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8010 Graz

Dienstag, 18. Januar 2005

Betreff: **Nahversorgung durch Trafikanten;** mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Stadt Graz wurde den Trafikanten von der Stadt Graz mitgeteilt, dass die Vereinbarung zum Verkauf von Parkmünzen mit 1.4.2005 aufgelöst wird. Selbstverständlich ist aus Sicht der Stadt Graz dieser Vorschlag auf den ersten Blick verständlich und wohl auch rein rechnerisch nachvollziehbar, da man sich dadurch die Auszahlung von Provisionen erspart.

Als Begründung für diesen Schritt wurde in besagtem Schreiben auch festgehalten, dass ohnehin die Parkgebühr bei den Parkscheinautomaten mit Münzgeld und der elektronischen Geldbörse bezahlt werden kann.

Man darf aber auch nicht vergessen, dass die Trafikanten eine wichtige Funktion der Nahversorgung erfüllen. Wir leisten uns eine Handelsmarketing GmbH, um den Handel in der Stadt zu stärken und schwächen dann durch die Einsparung von einigen Euros, die durch die Auflösung der genannten Vereinbarung erzielt wird, einen Bereich der Nahversorgung. Auch, dass die Post nichts mehr für den Verkauf von Briefmarken zahlt, bedeutet, dass diesem Zweig der Wirtschaftstreibenden stets weitere Geschäftsfelder entzogen werden, wodurch die ohnehin bereits angespannten Situation verschärft wird.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

**ob Sie bereit sind, gemeinsam mit dem Finanzreferenten die bereits beschlossene Auflösung des Vertrages mit den Trafikanten noch einmal zu überdenken, und prüfen zu lassen, ob aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, der Nutzen für die Stadt Graz und somit auch für das Grazer Stadtsäckel nicht größer wäre, wenn den, sich schwierigen Bedingungen gegenübersehenden Nahversorgern 'Trafikanten', nicht zusätzlich das Leben durch den Entzug weiterer Geschäftsfelder schwer gemacht werden würde?**

## Anfrage

Graz, 20. 01.05

Betreff: Schaukasten am sog. Andritzer Hauptplatz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am sogenannten Andritzer Hauptplatz wurde ein großer Schaukasten im Zuge der Umbauarbeiten errichtet. Die Kosten für den Schaukasten, ausgeführt in einer Stahl-Glaskonstruktion, wurden von der Stadt getragen.

Derzeit ist es so, dass die östliche Hälfte des Schaukastens von der Österreichischen Volkspartei hold und eifrig in Ordnung gehalten wird.

Bei der westlichen Hälfte kann man beim besten Willen nicht erkennen, wer dafür verantwortlich ist. Ein wildes Durcheinander von zum Teil auf die Glasfläche geklebten Plakaten aller Art verunstaltet hier die Schautafel.

Da die Allgemeinheit für diesen Schaukasten zahlen musste, so muss es auch möglich sein, dass er von der Allgemeinheit genutzt wird! Andritzer Vereine sollten zumindest auf der Westseite eine geordnete Fläche finden, auf der sie ihre Veranstaltungen ankündigen und über das Vereinsleben berichten können. Auf dieser Fläche ist klar ersichtlich ein Hinweis anzubringen, wo, und unter welchen Bedingungen, jede Bürgerin und jeder Bürger sich diese Fläche nutzbar machen kann!

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Anfrage:

Sind sie bereit sich dafür einzusetzen, dass der Schaukasten am sogenannten Andritzer Hauptplatz zumindest auf der Westseite – besonders freuen würde es mich, wenn Sie die Österreichische Volkspartei bewegen könnten, auch einen Teil der Ostseite der Bevölkerung zu überlassen - geordnet der Bevölkerung zur Nutzung übergeben wird?

## Anfrage

Graz, 20. 01.05

Betreff: Stadtteil-Verkehrskonzept Andritz 2002

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Jahre 2002 wurde von der Baudirektion der Stadt Graz die Broschüre „Lebenswertes Andritz, Stadtteilverkehrskonzept Andritz 2002, mit Bürgerbeteiligung“ herausgegeben. Die Herausgabe der Broschüre wurde von der Fachabteilung 18B des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung unterstützt.

Ich darf ein paar Sätze von Seite 2 dieser Broschüre hier vorstellen: „Um dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen, wird die Einbeziehung der BürgerInnen immer wichtiger und unverzichtbarer. (...) Deshalb ist es sinnvoll, BürgerInnen von Beginn an aktiv in den Entwicklungsprozess einzubeziehen.“

Dieses „von Beginn an Einbeziehen“ ist hier auch passiert. In vier Nachmittagen haben BürgerInnen, MitarbeiterInnen der BauDiR der Stadt und des Amtes der Stmk. Landesregierung an der Erstellung eines Maßnahmenkataloges, dessen Ergebnis die von mir zitierte Broschüre ist, gearbeitet.

Dann sind aber einige Sachen schief gelaufen. Besonders daneben gegangen scheint mir die Zustellung der Broschüre an die zuvor vorbildlich eingebundene Bevölkerung.

Diesen Fehler kann man aber leicht wieder gut machen: Man nimmt die Broschüre zur Hand, erstellen einen Bericht darüber, welche der Maßnahmen bereits umgesetzt wurden, und lässt diesen Bericht mit der Bitte um einen erneuten Dialog jedem Andritzer Haushalt zukommen.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Anfrage:

Sind sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass aufbauend auf die von der BauDiR erstellte Broschüre aus dem Jahr 2002 ein Bericht über bereits realisierte, und noch zu realisierende Schritte mit der Bevölkerung umsetzungsorientiert diskutiert wird?

## Anfrage

Graz, 20. 01.05

Betreff: St. Veiter Strasse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Abschnitt der St. Veiter Strasse zwischen der Stattegger Strasse und dem ehemaligen Winterwirt wird mit bis zu 6800 Fahrzeugen in 24 Stunden belastet. Im Osten der St. Veiter Strasse befindet sich vor einer gut ausgebauten Straßenkreuzung ein Nahversorgungszentrum mit Supermarkt, Cafehaus u. a. Einrichtungen. Die Apotheke von Oberandritz und ein Diskontmarkt in fußläufig überwindbarer Entfernung in der Stattegger Strasse ergänzen das Angebot dieses Zentrums.

Südlich der St. Veiter Str. entsteht in dem von mit beschriebenen Abschnitt eine neue Siedlung. Diese wird an die St. Veiter Strasse angebunden.

Leider wurde auch der Bau dieser neuen Siedlung nicht zum Anlass genommen, es den BewohnerInnen der südlichen Seite der St. Veiter Strasse zu ermöglichen, das Nahversorgungszentrum, bzw. die Hoffeld Strasse gefahrlos zu Fuß erreichen zu können. Mit anderen Worten: Es gibt auf der Südseite der St. Veiter Strasse nach wie vor keinen Gehsteig. Ohne Gehsteig ist es tatsächlich unmöglich, sich auf einer mit 6800 KfZ/24h belasteten Strasse gefahrlos zu Fuß zu bewegen!  
Selbst vorhandene Zebrastreifen enden auf der Südseite der St. Veiter Strasse im Acker.

Neben der Möglichkeit beim täglichen Einkauf selbst auf das Auto verzichten zu können, bräuchte ein Gehsteig für alle BewohnerInnen der St. Veiter Strasse noch einen weiteren Vorteil. Die Pendlerströme, würden aufgrund der durch einen Gehsteig verengten Fahrbahn nicht mehr mit z. T. mehr als 70 km/h an den Gartenzäunen vorbeirasen. Eine den Gehsteig von der Fahrbahn abgrenzende Hecke würde den Effekt der Verkehrsberuhigung noch verstärken.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende Anfrage:

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen, dass die hier beschriebenen Verkehrssicherheitsmassnahmen in der St. Veiter Strasse gemeinsam mit den dort lebenden Familien, umgesetzt werden?